

PFLANZENSCHUTZ: IG BauernUnternehmen kämpft gegen die beiden Pflanzenschutz-Initiativen

«Ohne Gaucho höre ich mit Rüben auf»

Die IG BauernUnternehmen verteidigt den chemischen Pflanzenschutz. Für stabile Erträge und erschwingliche Lebensmittel sei man derzeit auf diesen angewiesen. Aktuell sollte die Gaucho-Beizung wieder zugelassen werden.

DANIEL SALZMANN

Die Plakate «Geschützt» und «Ungeschützt» – schweizweit zu Tausenden am Feldrand aufgestellt – fallen auf. Sie gehören zu einer Aktion der IG BauernUnternehmen, die damit verdeutlichen will, dass der Landwirt nichts anderes als seine Pflanzen schützen will. Die Aktion «Ungeschützt» war dem Schweizer Bauernverband politisch so heiss, sodass diese nun von der IG allein umgesetzt worden ist. «Die Felder ungeschützt zu lassen, wäre fahrlässig», sagt Samuel Guggisberg, Präsident der IG. Die Leute sollten mit eigenen Augen sehen, was ohne kontrollierten Pflanzenschutz passiere.

Essen für den Frieden

Fernand Andrey, Vorstandsmitglied der IG BauernUnternehmen, verteidigte an einem Medienanlass in Worben BE den chemisch-synthetischen Pflanzenschutz. Man werde diese Mittel nicht zum Selbstzweck an, diese kosteten ja auch. Er stellte die Lebensmittelproduktion in einen grösseren Zusammenhang: «Gesunde, erschwingliche und sichere Lebensmittel sind die Garantien für sozialen Frieden und Wohlstand.» Man sei im Zusammenhang mit Pflanzenschutz zunehmend mit Fehldarstellungen und vielen Falschmeldungen



Landwirt Lars Nyffenegger präsentiert eine Mini-Zuckerrübe von der unbehandelten «Nullparzelle». (Bild: sal)

konfrontiert und mit linksgrüner Panikmache. Auf seinem eigenen Betrieb habe man den Spritzmittelverbrauch dank einer präzisen Anwendungstechnologie (GPS-Regelung, Druckumlaufsysteme) um einen Drittel gesenkt.

Der parteilose Andrey sagte aber auch: «Wir wollen beim Pflanzenschutz noch besser werden.» Ansetzen könne man etwa bei den Punkteinträgen. Er liess durchblicken, dass man in seinen Augen in der Landwirtschaft beim Gewässerschutz schon vor langem auf eine konsequente Umsetzung der Schutzmassnahmen und auf eine Professionalisierung hätte drängen sollen. Er beklagte, dass die «Linksgrünen» heutzutage sogar wissenschaftliche Studien der Agroscope zu

den steigenden Importen mit der Trinkwasser-Initiative anzweifeln. Worauf man sich denn noch verlassen könne, wenn nicht einmal mehr auf die Wissenschaft? «Wir können wie vor 200 Jahren am Sonntag in die Messe gehen und einfach dort fragen, was die Zukunft bringt.» Das könne es ja nicht sein.

Viröse Vergilbung

Lars Nyffenegger aus Worben BE, der Gastgeber der Medienkonferenz, ist Rübenbauer in der vierten Generation. Die Zuckerrübenfabrik Aarberg liegt nur acht Kilometer entfernt, er hat Freude am Anbau der Zuckerrübe. Wenn aber das Beizmittel Gaucho nicht mehr zugelassen werde, steige er schon nächstes Jahr aus dem Rü-

benbau aus. Zu gross seien die Ertragsverluste (30 bis 50 Prozent), die ihm die Viröse Vergilbung beschere, die er zum grossen Teil auf die fehlende Gaucho-Beizung zurückführt. Nyffenegger hat bei der Aktion «Ungeschützt» der IG BauernUnternehmen mitgemacht und legte mitten im Dorf eine sogenannte Nullparzelle an, bei welcher er auf jeglichen Pflanzenschutz verzichtete, und stellte dazu ein Plakat der Interessengemeinschaft mit dem Titel «Ungeschützt». Dort haben die Hirsengräser die Rübenstauden überwuchert, es resultierten Mini-Rüben (vgl. Bild). Doch noch mehr als diese Nullparzelle sei er auf das stark gelb geprägte statt grüne Rübenfeld angesprochen worden, er-

klärte Nyffenegger. Das sei den Leuten aufgefallen.

Laut Andrey solle bis Ende Oktober über eine befristete Wiederzulassung der Gaucho-Beizung entschieden werden. Sogar wenn das Bundesamt Ja sagen sollte: Man habe Hinweise darauf, dass die Umweltverbände eine Zulassung mit Beschwerden zu verzögern versuchen werden, sodass es für die nächste Saat trotzdem nicht zur Verfügung stehe, so Andrey. Er meinte auch: «In Zuckerrüben verbieten wir den Wirkstoff Imidacloprid, aber für Hunde mit Flohbändern spielt das keine Rolle.» Laut ihm würden die Menge Wirkstoff in hundert Hundeflohbändern für die Beizung von Rübensaat für eine Hektare reichen.

BIO-LANDBAU: Ein Landwirt benennt die Nachteile

«18 x Kupfer auf Biokartoffeln»

Für Fernand Andrey von der IG BauernUnternehmen ist der heutige Bio-Landbau sicher nicht die Lösung für die Zukunft.

DANIEL SALZMANN

Nicht wenige Biobauern bezichtigen die konventionell Lebensmittel produzierenden Bauern der Vergiftung der Umwelt mit synthetisch hergestellten Pflanzenschutzmitteln oder «Pestiziden», wie die Gegner derselben sie nennen. Der Verband Bio Suisse strebt ein Bioland Schweiz ohne ÖLN-Bauern an. Umgekehrt hat der Bio-Landbau bei Entscheidungsträgern und in der Bevölkerung so viele Freunde, dass sich fast niemand mehr traut, auf die problematischen Punkte des Bio-Landbaus hinzuweisen. Denn solche hat selbstverständlich auch der Bio-Landbau, die eierlegende Wollmilchsau existiert bekanntlich nicht.

«Mehr CO₂ wegen Bio»

Die zwanzigminütige Rede von Landwirt und (Lohn-) Unternehmer Fernand Andrey aus Le Mouret FR vor den Medien steht innerhalb der Schweizer Agrarpolitik der letzten zehn Jahre auch wegen seiner Kritik am Bio-Landbau alleine da. «Sie können selbst berechnen, welche Landwirtschaft am klimafreundlichsten ist. Ob ich 100 kg von einem Feld ernte oder 50 kg, der Aufwand ist derselbe, nur dass ich im biologischen Landbau



Fernand Andrey. (Bild: sal)

noch 5 bis 6 Mal mit dem Hackstriegel den Boden bearbeite und die Bodenbrüter zerstöre und dafür sorgen muss, dass die Mineralisierung aktiviert wird», so Andrey, der im Vorstand der IG BauernUnternehmen sitzt, am Mittwoch in Worben BE. Es könne nicht sein, dass eine Landwirtschaft als zukunftssträftig gelte, die mehr CO₂ ausstosse als die konventionelle. Er bezweifle, dass Herbizidbehandlungen mit über 1000 °C die Mikroorganismen pflegen würden. «Was die Lebensmittelabfälle betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, dass in der ökologischen Landwirtschaft bereits jedes Jahr Lebensmittelabfälle anfallen, denn oft muss man die Pflanzen zu den Biogasanlagen transportieren, weil es zu viele Unkräuter oder Krankheiten gibt. Vor drei Jahren als es wir viele mykotoxinhaltige

Getreidepflanzen hatten, – es war ein feuchtes Jahr – musste Bio Suisse konventionelles Saatgut verwenden.» Solches Gebaren würde in einer Hungersnot enden, und Mykotoxine seien im Unterschied zu Chlorothalonil nachweislich krebserregend. Trotz der Millionen von Marketingausgaben für die ökologische Landwirtschaft in den letzten Jahren wachse der Verbrauchermarkt nicht, sondern bleibe fast stabil. Wenn all diejenigen, die grün und links wählen, auch Bio kaufen würden, wäre der Bio-Anteil höher als 10 %, so Andrey.

Tote wegen Biosprossen

Zusätzliche Bioware sei heute nur noch dort gefragt, wo es agronomisch fast unmöglich oder unrentabel sei, zucka beim Raps oder bei den Zuckerrüben. Auch Bio brauche Pflanzenschutz, sonst seien Totalausfälle möglich. «Wir haben auch Biokartoffeln, fünf Hektaren, und haben heuer 18 Mal Kupfer gespritzt.» Laut Agroscope sei Spinosad, das im Bio-Landbau oft gebraucht werde, das giftigste Pflanzenschutzmittel. Weiter fügte Andrey an, über die Dutzenden Toten, welche bakterienverseuchte Biosprossen in Deutschland verursacht hätten, höre man nichts mehr. Er betonte, er sei nicht per se gegen den Bio-Landbau, dieser ist für ihn aber nicht mehr als eine Nische. Wenn es gute Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gebe, wende er diese sofort an.

TIERHALTUNG: Vanessa Monhart legt nach

«Dieser Gegenvorschlag verachtet Bauernfamilien»

Das Komitee gegen die Massentierhaltungsinitiative warnt, dass der Gegenvorschlag zu einen Laufstallzwang führt.

DANIEL SALZMANN

Landwirtin und Bäuerin Vanessa Monhart aus Wildensbuch ZH hat ein eigenes Komitee auf die Beine gestellt, das gegen die Massentierhaltungsinitiative und gegen den entsprechenden Gegenvorschlag des Bundesrates kämpft (vgl. «Schweizer Bauer» vom Mittwoch). Sie weist darauf hin, dass der Gegenvorschlag weit über die damals in der Medienmitteilung des Bundesrates hervorgehobene Raus-Pflicht für Tiere im Anbindestall und einen eingestreuten Liegebereich für Schweine hinausgeht.

BTS und Raus zur Pflicht

Die Nennung des «Wohlergehens der Tiere» als ausdrückliches Ziel in der Verfassung werde eine ganze Flut von Regulierungen auslösen, die viele kleinere und mittlere Familienbetriebe zum Aufgeben brächten, befürchtet Monhart. Tatsächlich steht im Bericht: «Die neu vorgeschlagene Verfassungsbestimmung stellt klar, dass dem Wohlergehen aller Tiere künftig mehr Gewicht beimessen werden soll.» Der Bundesrat möchte auf der verfassungsmässigen Grundlage des Gegenvorschlags im Gesetz Verschärfungen bringen, die dar-

auf hinauslaufen, dass die heutigen Bestimmungen der Bundes-Tierwohlprogramme regelmässiger Auslauf ins Freie (Raus) als auch die besonders tierfreundliche Stallhaltung (BTS) zur Pflicht für sämtliche Nutztierhalter werden, als neue «Minimalanforderungen». Die Pflicht zu BTS, also auch zu Freilaufställen in der Rindviehhaltung, ist ein bisschen relativiert. Wörtlich steht: «Alternativ soll es auch möglich sein, Anbindeställe zuzulassen, sofern die Tiere tagsüber grundsätzlich Auslauf haben. Beim Gewähren von Ausnahmen muss das Tierwohl jedoch stets gewahrt bleiben.» Wer wie der Schreibende weiss, dass die Chefs im Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen am liebsten nur noch Laufställe hätten, darf nicht zu viele Ausnahmen erwarten. Klar wird auch, dass die heutigen BTS- und Raus-Beiträge mit dem Gegenvorschlag weg wären.

«Bauernverachtend»

Komiteegründerin Vanessa Monhart ist tief beunruhigt über den Gegenvorschlag, über ein Quasi-Berufsverbot für Anbindestallbauern, über enorm teure Investitionen. Sie schreibt: «Unsere Verbände haben die bauernfamilienverachtende Art des Gegenvorschlags entweder (noch) nicht erkannt oder nehmen das Ganze als «gute Hilfe» zur weiteren «Gesundschrimpung» des Bauernstandes wahr.»

NACHRICHTEN

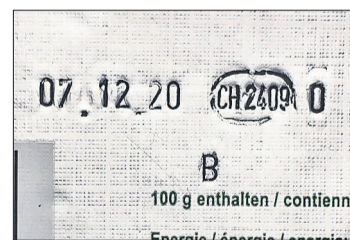
Bauern-Angestellte wollen mehr Lohn

Der Zentralvorstand der Arbeitsgemeinschaft Berufverbände Landwirtschaftlicher Angestellter (Abla) tagte am Montag. Dabei wurden die Lohnforderungen festgelegt. In sämtlichen Lohnklassen wird eine Erhöhung gefordert. Die Löhne müssten «unbedingt den heutigen Gegebenheiten angepasst werden», hält die Organisation fest. Dies deshalb, um die Attraktivität für ausgebildete Schweizer Arbeitskräfte zu erhöhen. Die Abla will mit ihren Lohnforderungen ein «klares» Zeichen setzen, erklärt, die Arbeitsbedingungen müssten gerechter werden. «Es ist längst an der Zeit, dass sich etwas ändert», so die Botschaft der Abla. Die Abla fordert für die höheren Klassen (Stufe 5 bis 8) eine Lohn-erhöhung von 200 Franken je Stufe und je Monat. Für die Stufen 1 bis 4 erachtet die Abla eine Erhöhung von 100 Franken als gerechtfertigt. blu/sal

Kaum Gegner bei Butterimport in BOM

Letzte Woche hat die Arbeitsgruppe der Branchenorganisation Milch (BOM) beschlossen, den Import von 500 Tonnen zusätzlicher Butter beim Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) zu beantragen. Zur Zustimmung war in der Arbeitsgruppe gemäss der Basisorganisation für einen fairen Milchmarkt (BIG-M) auch die Zustimmung von Produzentenseite nötig. Denn: Die Arbeitsgruppe besteht aus fünf Vertretern der Produzenten und fünf Vertretern der Verarbeiter/Händler. Laut BIG-M braucht es für einen Beschluss von jeder Seite eine Dreiviertelmehrheit. Doch nur ein Produzent hat sich gegen den erneuten Butterimport gestemmt. Zwei wären nötig gewesen, um den Butterimport zu kippen. Die BIG-M kritisiert dies scharf: Die anderen vier Produzentenvertreter hätten offensichtlich nicht die Meinung vertreten, dass nach Jahren von Butterüberschüssen und entsprechend schlechten Milchpreisen durch die aktuelle Mangelsituation endlich auch die Milchviehbetriebe profitieren können sollten. rup

Butter: EU ist nur noch als B markiert



«Die Schweizer Milchproduzenten (SMP) gehen nun davon aus, dass die Marke «Die Butter» gegen Ende Oktober 2020 wieder ausschliesslich mit Schweizer Butter verkauft wird», hiess es in einer Medienmitteilung der SMP vom 6. Oktober. Aktuell ist dies noch überhaupt nicht der Fall. Bei den beiden Grossverteilern Coop und Migros gibt es «Die Butter» aus EU-Butter. Und die Herkunft wird noch stärker verschleiert als zu Beginn der Importaktion. Unter Herkunft steht jetzt nur noch ein B. In ganz kleiner Schrift steht dann: «Herkunft: siehe aufgedruckten Code oben rechts: A=CH, B=EU». Die EU-Butter in der Migros-Filiale Lorraine wurde vom Milchverarbeiter Cremo verpackt (Code CH2409), einer AG, die fest in bäuerlicher Hand ist. sal